

Arbeitsprogramm für den Unterbezirksvorstand der Kölner Jusos, 2008/09

Vorwort

Der letzte Vorstand hatte es sich zum Ziel gesetzt, den Anspruch der Jusos, für linke Politik in Partei und Gesellschaft zu streiten, mit praktischer Arbeit zu verbinden, die die Möglichkeiten des Verbandes und seiner Strukturen optimal ausnutzt. Es ging vor allem darum, den Kölner Jusos Angebote zu Weiterbildung und Diskussion zu eröffnen. Wir wollen, dass der neue Vorstand diesen erfolgreichen Weg weitergeht. In der Meinungsbildung hat der Vorstand die Kölner Jusos nicht zu bevormunden. Deshalb wurden die Positionen des Verbandes stets aus unserer Mitte heraus entwickelt und nicht von oben diktiert.

Gleichzeitig ist ein Arbeitsprogramm – allein durch die Schwerpunkte, die gesetzt werden – auch ein Votum für die Ausrichtung des Verbandes. Ein „unpolitisches“ Arbeitsprogramm gibt es nicht. Wir wollen darlegen, welche Richtung wir mit dem Kölner Verband einschlagen wollen. Die Kölner Jusos stehen als größter Unterbezirk in der Pflicht, sich in die Debatten in Verband und Partei einzumischen – im Land und im Bund, aber vor allem hier in Köln.

Die Weiterentwicklung der Sozialdemokratie nach der Ära Gerhard Schröder ist mit dem Hamburger Programm an eine vorläufige Zäsur gelangt. Die SPD hat mit ihren Beschlüssen versucht, ein Stück sozialdemokratisches Profil zurück zu gewinnen. Jeder Schritt in diese Richtung kann nur begrüßt werden. Korrekturen an Agenda2010 und Hartz IV bleiben dringend notwendig, um die soziale Ausgewogenheit der Reformen zu garantieren. Trotzdem ist die populistische Herausforderung durch die Linkspartei bisher nicht verantwortungsvoll beantwortet worden. Die SPD hat es in Hamburg versäumt, ein fortschrittliches, linkes Projekt vorzustellen. Stattdessen hat sie sich in Form diffuser Kapitalismuskritik und ihren Beschlüssen zur Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I auf Lippenbekenntnisse und Nachbesserungen nach dem Gießkannenprinzip eingelassen. Linke Politik muss sich ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen aber stets bewusst sein und Perspektiven eröffnen. Die Ergebnisse des Hamburger Parteitages lassen auf die richtige Richtung schließen, aber sie sagen nicht, wo die Reise der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert hingehen soll.

Gerade hier sehen wir Jusos uns als junge, kritische Generation bei und in der SPD in der Pflicht. Es ist unsere Aufgabe, für eine Weiterentwicklung der sozialen Demokratie zu streiten. Dabei wollen wir nach Maßgabe unserer Werte – dem Gleichklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und mit einem offenen Ohr für neue Wege eine moderne SPD mitgestalten. Gerade dem Kölner Verband kommt durch seine Größe und seine besondere Streitkultur besonderes Gewicht zu. Dieses Arbeitsprogramm soll daher einen Leitfaden für die Debatten vorstellen, die wir im kommenden Jahr im Verband anstoßen wollen. Wir wollen uns dabei auf zwei Themenschwerpunkte konzentrieren.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2009 ist es unabdingbar, dass wir Jusos zu kommunalpolitischen Fragen Position beziehen. Dabei geht es für uns vor allem darum, was junge Menschen von einer Stadt erwarten und wie eine Stadt von ihrem Potenzial profitieren kann.

Zum anderen möchten wir die Debatte um Arbeit und Beschäftigung auf konkrete Themenfelder zuspitzen. Wir wollen dabei sowohl das große Ganze als auch

51 einzelne Problemfelder ergründen. So werden wir uns über das erfolgreiche
52 dänische Sozialstaats- und Arbeitsmarktmodell informieren und ergründen, inwiefern
53 einige Elemente einer solchen Reform für Deutschland attraktiv wären. Darüber
54 hinaus wollen wir uns auch in diesem Bereich auf die Lebenswirklichkeit von
55 Jugendlichen konzentrieren und politische Alternativen zu Arbeitslosigkeit,
56 Ausbildungsplatzmisere und prekärer Beschäftigung entwickeln und diskutieren.
57 Die Debatten zu den einzelnen Themenfeldern sollen durch Themenkonferenzen
58 abgerundet werden. Dort wollen wir die Ergebnisse der Veranstaltungen
59 zusammentragen und umfassende Positionen der Kölner Jusos entwickeln, für die
60 wir in Partei und Verband, aber auch in der öffentlichen Debatte – nicht zuletzt im
61 Kommunalwahlkampf – streiten wollen.

64 **I. Köln: Junge Stadt. Soziale Stadt!**

66 Bei den Kommunalwahlen 2009 steht für Köln eine Richtungswahl an. Als politischer
67 Jugendverband wollen wir nicht nur die großen Zusammenhänge diskutieren. Wir
68 wollen mit den Menschen vor Ort in den Dialog treten und unsere Erkenntnisse
69 sowohl in konkrete Arbeit umsetzen als auch in den Prozess zum
70 Kommunalwahlprogramm einbringen. Kommunale Fragen werden daher einen
71 Schwerpunkt in der Arbeit des nächsten Vorstandes bilden. Im Kommunalwahlkampf
72 wollen wir eigene thematische Schwerpunkte setzen. Wir wollen mit einem
73 Richtungswahlkampf die Weichen für eine sozialdemokratische Mehrheit in Stadtrat
74 und Bezirksvertretungen stellen.

75 Köln ist eine junge und moderne Stadt, bekannt für Weltoffenheit, Toleranz und
76 Liberalität. Trotzdem gibt es in einer Großstadt an allen Ecken viel zu tun. Köln ist
77 vielschichtig. Die soziale Schieflage in Köln ist groß. Wir können nicht alles
78 verändern, aber wir können Schwerpunkte setzen, mit denen wir nicht nur in der
79 Partei, sondern auch in der Stadt Akzente setzen wollen.

82 **Die Kölner Verkehrspolitik auf's richtige Gleis setzen!**

84 Der Straßenverkehr in Köln platzt aus allen Nähten, Staus und Unfälle stehen täglich
85 auf der Tagesordnung. Gegen die Feinstaubbelastung hat Köln zu Beginn des
86 Jahres als eine der ersten Städte in Deutschland die Umweltzone eingeführt.
87 Großstädte wie Köln tragen durch ihre CO₂- und anderen Emissionen in erheblichem
88 Maße zum Klimawandel bei, belasten aber vor allem auch die Bürgerinnen und
89 Bürger vor Ort. Eine junge Stadt muss dagegen ambitionierte Maßnahmen zur
90 Verlagerung der Verkehrsflüsse weg von der Straße ergreifen, um lebenswert zu
91 bleiben.

93 Verkehrspolitik ist ein komplexes Thema, das sich mit vielen anderen Politikfeldern –
94 etwa Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik – überschneidet und sich daher nicht
95 leicht erschließen lässt. Es muss daher an erster Stelle stehen, einen Einblick in
96 diese Zusammenhänge zu bekommen und dabei durch die gegebene Verflechtung
97 auch andere Politikfelder kennen zu lernen. Ziel ist es dabei, unsere Positionen nicht
98 nur in der Partei, sondern auch gegenüber der Stadt Köln Druck für nachhaltige
99 verkehrspolitische Entscheidungen zu erwirken. Hier bestehen noch große Defizite
100 seitens der Stadt – und für uns Jusos die Möglichkeit, die ganz praktischen

Interessen von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden zu artikulieren.

Im Vordergrund steht dabei zunächst der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Wir wollen uns unter anderem mit den Auswirkungen der europäischen und landespolitischen Gesetzgebung, der Streckenführung und Taktung sowie den Zukunftsplänen der KVB beschäftigen. Dazu bieten sich Gespräche mit und Besuche bei der KVB an. Möglich sind auch Gespräche mit der HGK, um aus wirtschaftlicher Sicht die Binnenschifffahrt und ihr Zusammenspiel mit Bahn, Bus und Lkw zu begutachten.

Aus Sicht der Jusos sind naturgemäß die nächtlichen Verbindungen von Interesse. Nachtbusse, in den meisten anderen deutschen Großstädten längst Gang und Gebe, sind längst überfällig. Die Jusos halten an ihrer Beschlusslage fest und werden mit Blick auf die Kommunalwahl dazu Konzepte entwickeln und für deren Umsetzung streiten.

Außerdem bedürfen der Radverkehrswegeplan Köln und seine Fortführung einer Überprüfung. Hier müssen Schwachstellen aufgezeigt und Ergänzungen eingebracht werden. Auch die Sicherheit der Fußgänger darf nicht außer Acht gelassen werden. In diesem Zusammenhang stellen sich ganz praktische Fragen, die Ampelschaltungen, Fußgängerüberwege und dergleichen betreffen. Im Hinblick auf spezielle örtliche Gegebenheiten bietet sich dabei eine gute Gelegenheit, die Juso-Stadtbezirke als örtliche Strukturen in die Debatte einzubinden und die Bedürfnisse der Jugendlichen vor Ort einzufangen.

Bürgerschaftliches Engagement: Packen wir's an!

Die Jusos haben sich immer als Vorreiterinnen und Vorreiter einer Gesellschaft der Solidarität und des Zusammenhalts verstanden. Eine Gesellschaft wird von ihren Bürgern gestaltet, nicht von ihren Institutionen. Wir Jusos in Köln wollen für eine Stärkung der Bürgergesellschaft hier in Köln streiten. Wir wollen nicht nur dafür streiten, dass der Staat seiner sozialen Verantwortung nachkommt, sondern uns auch selbst einbringen und dort helfen, wo Hilfe gebraucht wird und dadurch auch die Bedürfnisse der Menschen besser verstehen und in unsere Politik einfließen lassen

Und anzupacken gibt es viel. Das beginnt in der Stadt, in der wir leben, denn hier gibt es eine große Anzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern die unsere Hilfe benötigen, seien es Kinder, Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner, aber auch und gerade Obdach- und Erwerbslose.

Wir wollen 2008 ein neues Projekt ins Leben rufen. Unter dem Motto „sozial aktiv“ wollen wir aus dem Elfenbeinturm des politischen Jugendverbandes heraustreten und mit den Menschen ins Gespräch kommen. Dort, wo es möglich ist, wollen wir selbst Hand anlegen. Alle zwei bis drei Monate wollen wir soziale Einrichtungen besuchen und uns dort einbringen: Kinderheime, Jugendheime, Jugendzentren, Altersheime und Obdachlosenheime. Das allein wird aber nicht ausreichen. Wir wollen gleichzeitig für mehr bürgerschaftliches Engagement, besonders von und für Jugendliche, streiten.

Die Jusos sind und bleiben jedoch ein politischer Jugendverband. Wir sind kein

Charity-Verein, der das Ziel der Emanzipation der Menschen von Armut und Not zugunsten von Suppenküchen beschneiden will. Aber das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus beinhaltet auch eine ethische Komponente. Es ist daher selbstverständlich, dass wir nicht nur Position beziehen, sondern uns einmischen und für die Menschen da sind – insbesondere für diejenigen, die nicht von den Modernisierungsprozessen der Gesellschaft profitieren konnten.

eSport: Lebensstil im Wandel

Die Lebenssituation Jugendlicher ändert sich heute schneller denn je. Waren Computerspiele noch vor zehn Jahren ein Nischenprodukt, so sind sie heute aus dem Freizeitverhalten der Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Und mehr noch: Es entwickelt sich eine ganz neue Art des sportlichen Wettbewerbs – Der electronic Sport (kurz eSport). Dieser ist längst den Kinderschuhen entwachsen und entwickelt sich weiter steil in die Professionalität. Schon heute gibt es Menschen auf der Welt, die eSport professionell betreiben und davon sogar leben können.

Im Jahr 2008 findet in Köln das größte und meistbeachtete eSport-Turnier der Welt statt: die World Cyber Games (kurz WCG). Diese werden in die ganze Welt übertragen und werden den Fokus auf Köln lenken.

Nach wie vor wird die Gamerszene jedoch von der Politik entweder belächelt oder Computerspiele undifferenziert verteufelt. eSport wird jedoch mehr und mehr Teil dieser Gesellschaft. Das dürfen gerade wir Jusos nicht ignorieren. Im kommenden Jahr wollen wir uns mit dieser Thematik eingehender beschäftigen. Wir wollen überlegen, welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten sich in diesem Themenfeld eröffnen und welche Anforderungen diese neue Generation, zu der auch wir gehören, an Politik stellt. Auch und gerade das Suchtpotenzial, das Computerspiele für Kinder und Jugendliche bergen, ruft die Politik zum Handeln auf. Hier wollen wir eine Vorreiterrolle spielen.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Köln und Dresden

Über unsere Mitwirkung am Kölner Kommunalwahlprogramm hinaus wollen wir gemeinsam der Frage nachgehen, was für uns den Kern sozialdemokratischer Kommunalpolitik ausmacht.

Unsere Anforderungen an diese wollen wir nicht alleine erörtern, sondern unter dem Motto „Die SPD als Kommunalpartei“ in Form eines gemeinsamen Seminars mit unserem „Partner-Unterbezirk“ Dresden.

Stattdessen soll der Austausch im Sommer 2008 in Berlin, wo wir zusammen die Entwicklung der Kommunalpolitik in einer ehemals geteilten Stadt beleuchten und mit Akteuren vor Ort diskutieren wollen.

Wir werden den derzeitigen Stand der programmatischen Vorbereitungen in unseren jeweiligen Unterbezirken vergleichen und so Anregungen für die eigene Arbeit sammeln. Ein besonderer Fokus soll hierbei auf das Thema Stadtteilpolitik und Stadtteilmanagement gelegt werden. Hierbei soll es nicht nur um einen bloßen Erfahrungsaustausch gehen, sondern wir wollen daraus neue Ideen und Konzepte entwickeln und diese für alle und die weiteren Entwicklungen zuhause festhalten. Auch das kulturelle Programm soll wie gewohnt reichhaltig sein und doch genug Platz zum Kennenlernen und Feiern lassen.

II. Unser Ziel: Gute Arbeit!

Von Arbeit muss man leben können – das ist und bleibt eine Kernforderung der Jusos. Dieser Anspruch erschöpft sich aber nicht nur in der Frage nach gerechten Löhnen und einer starken Vertretung der Arbeitnehmer. Er muss auch auf den Zugang zu Arbeit als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe ausgedehnt werden. Aus dieser Perspektive sollen verschiedene Aspekte beleuchtet werden. Wir Kölner Jusos wollen mehrere Schwerpunkte setzen. Zum einen wollen wir mit dem dänischen Arbeitsmarktmodell eine interessante Alternative diskutieren, aus der sich möglicherweise Reformvorhaben für das deutsche System ableiten lassen. Zweitens stellt die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit einen zentralen Ausgangspunkt für unsere Projekte dar. Drittens wollen wir uns die Frage stellen, welche Alternativen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen entwickelt werden können.

Flexicurity: Flexibilität *und* Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt?

Die Entwicklung hin zu einer dynamischen Gesellschaft mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, von denen insbesondere junge Menschen betroffen sind, stellt neue Anforderungen an die Politik.

Bei dem in Dänemark erfolgreichen „Flexicurity“-Modell geht es darum, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf Beschäftigungssicherheit statt auf Arbeitsplatzsicherheit auszurichten. Denn die traditionelle Vorstellung, Flexibilität sei nur im Arbeitgeberinteresse und Sicherheit nur im Arbeitnehmerinteresse, kann als überholt gelten.

Flexibilität und Mobilität stellen Herausforderungen, aber nicht zuletzt auch Chancen für die Betroffenen dar. Auf der anderen Seite sind von den „prekären“ Seiten der Flexibilisierung vor allem Niedrigqualifizierte betroffen.¹ Flexibilität darf nicht zum Ausdruck einer Zwei-Klassen-Gesellschaft werden, die die Schere zwischen Menschen mit unbefristeten Verträgen und Sozialleistungen und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und wenig Sicherheit immer weiter aufgehen lässt.

Für uns Jusos steht dabei zu berücksichtigen, dass sich insbesondere junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden. Unter solchen Bedingungen erhalten Altersvorsorge, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder lebenslanges Lernen einen ganz anderen Stellenwert. Die Gewährleistung von sozialer Sicherheit gehört zu einem ganzheitlichen Konzept guter Arbeit dazu. Diese besteht jedoch nicht allein aus hoher materieller Absicherung. Die Flexibilität des Arbeitnehmers selbst ist ebenfalls eine Form von Sicherheit, und zwar im Sinne von Unabhängigkeit. Notwendig hierzu sind stetige Bildung und Qualifikation.

Das „Flexicurity“-Modell ist dabei durchaus umstritten. Erfolg in anderen Ländern heißt nicht, dass das Modell eins zu eins übertragen werden kann. Wir Kölner Jusos wollen darüber diskutieren, ob – und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen – das „Flexicurity“-Modell oder einzelne Elemente sinnvoll erscheinen. „Flexicurity“ steht immer im Kontext kultureller, wirtschaftlicher und struktureller Bedingungen. In Dänemark ziehen die Tarifparteien zum Beispiel an einem Strang und vertrauen sich

¹ NRW Sozialministerium: „Flexicurity: Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse“, 2001:
www.mags.nrw.de/04_Soziales/4_Soziale_Sicherung/flexicurity/index.php

grundsätzlich. Außerdem erhalten die Gruppen mit dem niedrigsten Einkommen die höchste Lohnkompensation im Falle von Arbeitslosigkeit erhalten, weil sie das höchste Arbeitslosigkeitsrisiko tragen. „Flexicurity“ setzt also auch eine bestimmte Mentalität voraus.² Wir wollen die Thematik also nicht losgelöst von dem politischen und gesellschaftlichen Hintergrund in Deutschland diskutieren, sondern danach fragen, welche Reformoptionen uns „Flexicurity“ bietet – und welche nicht.

Geplante Veranstaltungen:

- „Flexicurity“ als Reformoption für Deutschland?
- Perspektiven des europäischen Sozialmodells
- Gezielter Dialog mit den Jugendverbänden von Gewerkschaften und Wirtschaftsunioren

Arm trotz Arbeit? So nicht!

Armut ist in Deutschland ein großes Problem, vor dem die Regierungen der letzten Dekaden die Augen verschlossen haben. Erst 2001 unter der Regierung Schröder wurde im ersten Armutsbericht der Bundesregierung überhaupt deren Ausmaß bekannt. Dennoch stagniert die Zahl der dauerhaft unter der Armutsgrenze lebenden Deutschen bei ca. 10%. Dazu kommt jedoch eine Dunkelziffer derer, die in der dynamischen Armutsforschung als im prekären Wohlstand Lebende bezeichnet werden. Ihre Einkünfte pendeln ständig um die Armutsgrenze, mal knapp unter, mal knapp über ALG-II-Niveau. Das Ausmaß von Armut ist ein Indikator für die Sozialpolitik eines Landes. Hier sehen wir knapp sieben Jahre nach dem ersten Armutsbericht dringenden Handlungsbedarf.

Heute hat das Normarbeitsverhältnis bei neu geschaffenen Stellen seinen Norm-Status längst an Mini- und Midijobs und befristete Arbeitsverhältnisse verloren. Kaum existenzsichernde Einkünfte, minimale Rentenversicherungsbeiträge und damit die bedrohliche, nahezu sichere Aussicht auf Armut im Alter halten Millionen Deutsche in einer dauerhaften Situation der Angst. Besonders Migrantinnen und Migranten sowie Kinder sind betroffen. Die Unsicherheit hat jedoch auch längst die Mittelschicht erreicht. Eine Demokratie funktioniert aber nur dann, wenn Teilhabe für alle gesichert ist. Niemand darf durch das Raster fallen.

Um zu verhindern, dass sich auch weiterhin Armut vererben kann, fordern wir kostenlose und verbindliche frühkindliche Bildungsangebote. Wir müssen dringend Handlungsalternativen entwickeln, die den Teufelskreis der vererbaren Armut durchbrechen!

„Gute Arbeit“ heißt: Wer Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, um ohne staatliche Hilfe davon Leben zu können. Unser Weg zu diesem Ziel ist der Mindestlohn. Wir unterstützen die SPD und den DGB bei ihrem Kampf für einen allgemein verbindlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn.

Auch und gerade Jugendliche haben unter dem Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen zu leiden. So genannte „Praktika“, bei denen die Situation am Arbeitsmarkt ausgenutzt wird, müssen wirksam bekämpft werden. Dafür

² Königlich Dänische Botschaft: Kennzeichen DK, Mitteilungen aus und über Dänemark: Flexicurity, Nr. 78, Dezember 2006, 20. Jahrgang

müssen zum einen die Betroffenen in die Lage versetzt werden, ihre häufig schon bestehenden Rechte gegen unfaire Praktikumsbedingungen durchzusetzen. Dabei ist insbesondere eine Kooperation mit den Gewerkschaften anzustreben. Darüber hinaus ist das bestehende Instrumentarium dahingehend auszubauen, dass eine entgeltlose Beschäftigung über längere Zeiträume nicht nur einen Lohnanspruch begründet, sondern auch als Ordnungswidrigkeit sanktioniert werden kann. Wir Jusos stehen in dieser Frage Seite an Seite mit den Gewerkschaften und ihren Jugendorganisationen und wollen die Zusammenarbeit intensivieren.

Ausbildung schaffen – Jugendarbeitslosigkeit verhindern!

Zahlen sprechen nicht immer für sich. Die Jugendarbeitslosigkeit sank im Dezember 2007 mit minus 17,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich gegenüber der Gesamtarbeitslosigkeit (minus 15 Prozent). Die Quote der Arbeitslosen unter 25 liegt ein Prozent unter dem Durchschnitt von 8,1 Prozent.³

Diese Zahlen sind kein Anlass für eine allgemeine Entwarnung. Noch immer ist jeder siebte Jugendliche ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Für uns Jusos stellt die wirksame Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit eine entscheidende politische Herausforderung dar.

Wir wollen dabei zum einen die Perspektive der individuell Betroffenen einnehmen, denen ein Arbeitsplatz die Chance auf ein selbstbestimmtes Erwerbsleben eröffnet und wirksam Schutz vor sozialer Exklusion bietet. Auf der anderen Seite kann dieses Problem nur mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gelöst werden. Schon heute stellt der Fachkräftemangel einen entscheidenden Nachteil im globalen Wettbewerb dar.⁴

Der Ausbildungsmarkt kann in diesem Jahr einen erfreulichen Rückgang unversorgter Bewerber um 20.385 verzeichnen. Doch dieser Rückgang geht nicht unerheblich mit einer Zunahme außerbetrieblicher Angebote einher. Für uns Jusos steht weiterhin das Modell der dualen Ausbildung im Vordergrund, stellt es doch sicher, dass zum einen die Betriebe ihren Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Ausbildung leisten und zum anderen die jungen Menschen praxisnah berufliche Kompetenzen erwerben. Das Berufsbildungsrecht muss daher sicherstellen, dass die Berufsausbildung im Rahmen des dualen Systems fortentwickelt wird, um auch künftig den betrieblichen Anforderungen gerecht zu werden. Je stärker ein Unternehmen von eigener Ausbildungsleistung profitiert, desto eher wird es sich auch dafür engagieren. Wir lehnen jedoch so genannte „Schmalspur-Ausbildungen“ ab, in denen nur bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse für eingeschränkte Tätigkeitsfelder vermittelt werden. Vielmehr wollen wir eine Modularisierung über verstärkte Ausbildungskooperationen und Vernetzung ausbildender Betriebe erreichen. Im Mittelpunkt muss die möglichst umfassende Qualifikation der Azubis stehen! Außerbetriebliche, schulische Angebote können zeitweilig eine sinnvolle Ergänzung des dualen Systems darstellen, dürfen dieses jedoch nicht schleichend ersetzen.

Auch die Berufsvorbereitung der Jugendlichen in Form konkreter Aufklärung und Information über Möglichkeiten des Berufseinstiegs nehmen einen deutlich zu geringen Stellenwert ein. Viele junge Menschen haben nach dem Abschluss keine

³ <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php?id=D&dbtyp=0&typ=D>

⁴ Alexander Reinberg/Markus Hummel: Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2004, S. 3-10

346 Vorstellung, „was sie eigentlich wollen“. So kommt es zur sogenannten Mismatch-
347 Problematik: Bestehende Angebote am Arbeits- und Ausbildungsmarkt passen nicht
348 zu den Vorstellungen der Bewerber. Hier muss frühzeitig gegengesteuert werden.
349 Die Schulen müssen starke Netzwerke mit Betrieben, Arbeitsagenturen, Berufs- und
350 Hochschulen bilden. Individuelle Beratung, Praktika, Ausbildungsbörsen und andere
351 Einrichtungen müssen Möglichkeiten geben, eine Ausbildung zu wählen, die die
352 Vorlieben und Wünsche Jugendlicher mit den angebotenen Möglichkeiten in
353 Übereinstimmung bringt.
354
355 Wenn wir Jusos ständig darüber debattieren, warum Unternehmen nicht ausbilden,
356 müssen wir hingehen und fragen. Dazu ist eine Veranstaltung mit Vertretern der
357 Industrie- und Handelskammer (IHK) geplant.